

# Bürgerinitiativen gegen überhöhte Abgaben starten ein Volksbegehren

MdL Frank Kuschel: Logische Konsequenz des Versagens der Thüringer Regierungspolitik

Nachdem sich bei einer Veranstaltung am 28. April im Landtag in Erfurt die Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben darauf verständigt haben, ein Volksbegehren zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge auf den Weg zu bringen, erklärte Frank Kuschel: „Dies ist die logische Konsequenz des Versagens der Thüringer Regierungspolitik. CDU und SPD haben es seit Jahren versäumt, ein bestehendes Problem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu lösen.“ Inzwischen ist die Situation so, dass „wir im bundesweiten Vergleich in Thüringen ein Kommunalabgabengesetz haben, das die Bürger am meisten belastet!“

Der kommunalpolitische Sprecher signalisierte die Unterstützung der Linksfraktion und betonte: „Die LINKE hält die Erhebung von Ausbaubeiträgen zur Finanzierung von Abwasseranlagen und kommunalen Straßen für nicht mehr zeitgemäß, perspektivisch gehören die Beiträge abgeschafft.“ Vielmehr müsse die Finanzierung von Investitionen im Abwasserbereich analog den Regelungen bei den Wasserversorgungsanlagen über die Gebühren und damit verbrauchsabhängig erfolgen. Zur Mitfinanzierung von Straßenbauinvestitionen schlägt die LINKE als Zwischenlösung die Erhebung einer sogenannten Infrastrukturabgabe vor, über die die Gemeinden selbst entscheiden sollen, ähnlich wie in Sachsen.

Die Vorstellungen der LINKEN entsprechen im Wesentlichen den Forde-

rungen der Bürgerinitiativen, die gemeinsam mit den Grünen als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, aber von CDU und SPD abgelehnt wurden. Mit der neuen Novelle des Kommunalabgabengesetzes werden jetzt die Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sogar noch weiter verschärft.

## Beitragssystem aus dem 19. Jahrhundert

Auf der Beratung in Erfurt hatte Frank Kuschel, der auch Schatzmeister bei der Bürgerallianz ist, darauf verwiesen, dass „wir uns verfassungsrechtlich in einer Grauzone befinden. Deshalb haben wir gesagt, dass das Volksbegehren notwendig ist, um schließlich eine verfassungsrechtliche Klärung zu erreichen“. So sei z.B. bei der Beitragserhebung völlig unklar, was eigentlich unter einem bebauten Grundstück zu verstehen ist.

Insbesondere die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bis 1991 stößt bei den Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben zu Recht auf Unverständnis. „CDU und SPD halten an einem Beitragssystem aus dem 19. Jahrhundert fest, das aber nicht geeignet ist, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen“, protestierte Frank Kuschel und verwies auf die bei den zahlreichen Demonstrationen vor dem Landtag immer wieder vorgebrachten Argumente.

Ist das Volksbegehren erfolgreich,

könnten die Bürger selbst entscheiden, in welcher Form sie sich an der Finanzierung von Abwasseranlagen und kommunalen Straßen beteiligen. „Die Landtagspräsidentin, die Landesregierung und CDU und SPD im Thüringer Landtag sollten diese Volksentscheidung zulassen und nicht bereits den Antrag für das Volksbegehren mit juristischen Mitteln torpedieren“, sagte der LINKE Abgeordnete mit Verweis darauf, dass voraussichtlich am 19. Mai der Bürgerantrag bei der Landtagspräsidentin angezeigt wird und dann die notwendigen 5.000 Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens gesammelt werden müssen. Nach einer rechtlichen Prüfung auf Zulässigkeit beginnt das eigentliche Volksbegehren, für das innerhalb von vier Monaten 178.000 Thüringerinnen und Thüringer unterschreiben müssen. Erst wenn dieses Quorum erreicht ist, wird das Begehren zum Volksentscheid.

Die Landtagsfraktion der LINKEN und die Abgeordnetenbüros wollen die Volksbegehrensinitiative unterstützen. Aber natürlich sollten sich die Bürgerinitiativen auch an die anderen Landtagsabgeordneten wenden, denn es geht hier auch um eine Frage der direkten Demokratie.

Als Vertrauenspersonen des Volksbegehrens wurden von der Versammlung bestimmt: Peter Hammen, Vorsitzender der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V., und Susan Rechenbach, Rechtsanwältin aus Arnstadt. ■

## KOMMENTIERT:

von Tilo Kummer

### Kleine Thüringer Talsperren erhalten

Kürzlich hatte der Thüringer Umweltminister Jürgen Reinholz erklärt, dass die umfassende Sanierung herrenloser kleiner Speicher in Thüringen finanziell nicht zu stemmen sei. Die Linksfraktion im Thüringer Landtag ist der Auffassung, dass alle Möglichkeiten des Erhalts dieser Wasserspeicher ernsthaft geprüft werden müssen. Dabei gilt es auch, Partner, wie die betreffenden Kommunen oder Fischereiverbände, mit ins Boot zu holen.

Die insgesamt 80 Speicher stammen noch aus DDR-Zeiten, wo sie für die Bewässerung in der Landwirtschaft errichtet wurden. Aber nach der Wende fanden sich für die „kleinen Talsperren“ vielfach keine Nutzer und keine Verwendung mehr.

Oft konnten auch die Rechtsnachfolger nicht mehr ermittelt werden, so dass die Anlagen 2009 dem Land zugesprochen wurden. Jetzt will Thüringen einen Teil dieser 56 herrenlosen Talsperren und Wasserspeicher „zurückbauen“.

Wenn aber ein Wasserreservoir erst einmal weg ist, baut es niemand mehr auf. Dabei muss man sich doch der klimatischen Veränderungen bewusst sein. Zunehmend kommen Trockenheitsrisiken auf uns zu, da sind sich die Fachleute einig. Und auch wenn Landwirte immer mehr trockenresistente Pflanzen nutzen können, ist unbedingt Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

In vielen Gegenden in der Welt würden Menschen eine Menge dafür tun, auf gesicherte Wasserreserven für alle Unwägbarkeiten der Natur zurückgreifen zu können. Oft fehlt es aber sogar am Nötigsten, dem Trinkwasser. Insofern sehe ich uns in Thüringen auch moralisch in der Pflicht, nicht leichtfertig Errungenschaften aufzugeben.

Thüringen hatte sich mit der Novelle des Wassergesetzes 2009 dazu verpflichtet, die Unterhaltung, Sanierung, Instandsetzung oder aber auch die Beseitigung der kleinen Speicher zu übernehmen, bevor sie wieder in die Obhut der jeweiligen Kommunen kommen. Jetzt hat es den Anschein, dass die Landesregierung nur den zweiten Teil des Satzes im Paragraphen 67 gelesen hat, in dem von ‚Beseitigung‘ die Rede ist. Dies ist keinesfalls hinzunehmen. ■

## AKTUELL

### Fußballstadien von Erfurt und Jena werden saniert

Wie jetzt am 2. Mai auf einer Pressekonferenz der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) informierte, sollen bis Ende 2013 die Stadien in Erfurt und Jena für zusammen knapp 50 Millionen Euro saniert werden. Die Kosten für den Umbau in Erfurt werden auf 27 Millionen Euro, für Jena auf 22,5 Millionen Euro beziffert. Der Eigenanteil für die Stadt Jena beläuft sich auf etwa vier Millionen Euro, für Erfurt auf 4,8 Millionen Euro.

Bodo Ramelow begrüßte die Entscheidung, die Fußballstadien in Erfurt und Jena mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur grundlegend zu sanieren. „Eine gute Zusammenarbeit über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg hat eine gute Lösung

möglich gemacht.“ Der Fraktionschef der LINKEN hatte die Sanierung der Stadien schon lange als eine dringende Aufgabe gesehen und sich seit Monaten in vielen Gesprächen hinter den Kulissen dafür eingesetzt. Bodo Ramelow nannte die jetzt ermöglichte technische Erneuerung bei gleichzeitigem Ausbau zu Multifunktionsarenen eine sinnvolle Kombination. „Hier werden keine überflüssigen Spaßbäder in die Landschaft gestellt, sondern altherwürdige Stadien sinnvoll um- und ausgebaut sowie grundlegend ertüchtigt“, betonte der Landespolitiker.

„Dies ist gut für beide Fußballvereine, aber noch besser für die Städte Erfurt und Jena, denn gerade auch für Großevents im Sport, in der Kultur oder bei anderen Massenveranstaltungen werden solche Arenen gebraucht“, sagte

Bodo Ramelow und zeigte sich erleichtert, dass damit „eine absurde Diskussion um einen Megafußballstadion irgendwo auf der grünen Wiese beendet ist“.

Auch die Oberbürgermeister von Jena und Erfurt, Albrecht Schröter und Andreas Bausewein, begrüßten die Entscheidung. Angesichts der Lage ihrer Haushalte wären solche Baumaßnahmen allein nicht möglich gewesen. Allerdings brauchen sie für die eigenen Anteile natürlich noch die Zustimmung ihrer Stadträte.

Das 1924 eröffnete Ernst-Abbe-Sportfeld in Jena soll künftig eine Kapazität für 17.200 Zuschauer haben (aktuell: 13.000) haben. Für das seit 1931 bestehende Erfurter Steigerwaldstadion ist dann eine Kapazität von 21.600 Zuschauern geplant (jetzt: 20.000). ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Nur noch Transitland?

Mit Bezug auf Aussagen von Bahnvorstand Ullrich Homburg, erklärte MdL Dr. Gudrun Lukin: „Über eine mögliche Nichtbedienung des ICE-Bahnhofs Erfurt auch nur nachzudenken, ist nicht nur eine Missachtung des im Grundgesetz für die Bahn formulierten Verfassungsauftrages zur Daseinsfürsorge und Mobilität für die Bevölkerung, sondern auch eine Zumutung für Thüringen.“ Es sei schon ein Skandal gewesen, dass die teure ICE-Neubaustrecke über Erfurt „so beschlossen wurde, dass das wirtschaftsstarke und bevölkerungsreiche Ostthüringen vom Fernverkehr abgehängt werden soll. Aber noch ungeheurer wäre die Vorstellung, dass Thüringen nur noch eine ‚Vogelzuglinie‘ erhält, ohne Halt eines ICE.“

### Kinderarmut in Thüringen

In Thüringen lebt rund jedes fünfte Kind in Armut. Insgesamt wuchsen 22,1 Prozent der unter 15-Jährigen im Freistaat 2008 in einem Haushalt auf, der Hartz-IV-Leistungen bezog, wie aus einer kürzlich veröffentlichten Bertelsmann-Studie hervorgeht. Damit lag Thüringen knapp über dem Bundesschnitt von 20,1 Prozent. Es gibt erhebliche regionale Unterschiede. Während die Kinderarmut im Altenburger Land mit fast 30 Prozent sowie im Kyffhäuserkreis mit 28,1 und in Sömmerda mit 24,2 Prozent besonders hoch war, lag sie in Hildburghausen oder im Wartburgkreis bei 11,7 und 13,9 Prozent. Von den kreisfreien Städten wiesen Gera und Erfurt mit einer Quote von jeweils fast einem Drittel die größte Kinderarmut auf.

### Mehr Leistungsfähigkeit

„Auch wenn die Kosten einer umfassenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform möglicherweise nicht konkret bezifferbar sind, brauchen wir vor allem eine höhere Leistungsfähigkeit in den kommunalen Verwaltungen“, sagte MdL Frank Kuschel. Ein kleines Land wie Thüringen brauche keine dreistufige Verwaltung mit über 150 Landesbehörden, 17 Landkreisen, sechs kreisfreien Städten und rund 950 Gemeinden. Der Blick in andere Länder belege, dass alternative Lösungen nicht nur vorstellbar, sondern vor allem auch realisierbar seien. Der Abgeordnete forderte die Landesregierung auf, die Verunsicherung der Öffentlichkeit wegen eines möglichen Auftragsgutachtens zur Gebietsreform zu beenden.

# Thüringer Hausbesitzer erhalten erste Volkszählungs-Fragebögen

MdL Martina Renner: „Zensus 2011“ ein riesiger Datenkrake und teurer Grundrechtseingriff

Am 2. Mai begann für die Thüringer Wohnungseigentümer die Befragung zum „Zensus 2011“. Nach Angaben des statistischen Landesamtes wurden jetzt die Fragebögen an die rund 500.000 betroffenen Bürger verschickt. Neben den Hausbesitzern werden im Rahmen von Stichproben rund 200.000 private Haushalte in Thüringen befragt. Für diese persönlichen Befragungen ist der Beginn am 10. Mai. Hinzu kommen 30.000 Bewohnerinnen und Bewohner von Studentenwohnheimen, Gefängnissen und Notunterkünften, die ebenfalls in den Zensus einbezogen werden. Insgesamt werden bei der Volkszählung rund ein Drittel der Thüringerinnen und Thüringer befragt.

Diese Ausforschung hunderttausender Menschen im Freistaat wurde erneut von der Linksfraktion scharf kritisiert. Die innenpolitische Sprecherin, Martina Renner, nannte den „Zensus 2011“ einen „riesigen Datenkraken“ und „teuren Grundrechtseingriff“.

Die Abgeordnete monierte, dass bereits im Vorfeld persönliche Daten aus verschiedensten Verwaltungsbereichen ohne Zustimmung der Betroffenen zusammengefasst worden waren. Kritikwürdig sei vor allem, dass die Daten, die bis zu vier Jahre nach Übermittlung der Erhebungsergebnisse an die Europäische Union gespeichert werden, eine Repersonalisierbarkeit erlauben. Dabei könne eine Weiterverwendung der Da-

ten nicht vollkommen ausgeschlossen werden. Zudem würden mit dem Zensus persönliche Einstellungen bis in die privaten Bereiche hinein erforscht.

„Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird ein weiteres Mal ausgehöhlt“, erklärte Martina Renner, die auch stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag ist. Der Nutzen der Volkszählung stehe in keinem Verhältnis zu dem Grundrechtseingriff sowie zu den Kosten.



Dabei sei es für Entscheidungen in den Kommunen oder im Land unerheblich, ob die tatsächliche Zahl der Bevölkerung von der statistisch erfassten um 0,5 oder um ein Prozent abweiche. „Exakte Zahlen wird es auch nach dem Zensus 2011 nicht geben“, stellte die Abgeordnete klar und betonte: „Ein falsche Politik wird auch durch richtige Zahlen nicht besser.“

### Verfassung schützt Personen-Daten

Die Thüringer Verfassung schützt nach Artikel 6 die Persönlichkeit und den privaten Lebensbereich in besonderer Wei-

se. Unter besonderem Schutz stehen personenbezogene Daten, über deren Preisgabe und Verwendung jeder Mensch zunächst selbst bestimmt. Mit dem Zensus 2011 wird in dieses Grundrecht in erheblichem Umfang eingegriffen.

Die Zweckdarstellung im Zensusgesetz 2011 reicht nicht aus, um den massiven Grundrechtseingriff verfassungsrechtlich zu begründen und zu rechtfertigen. Insbesondere wird deutlich, dass für die Vorbereitung von politischen Entscheidungen auf der Grundlage von Bevölkerungsdaten andere, weniger grundrechtseinschränkende Verfahren, z.B. im Rahmen der Sozialforschung, zur Verfügung stehen.

Aufgrund der Möglichkeit der Abbildung von Persönlichkeitsbildern, der möglichen sozialen Stigmatisierung durch Meldedaten der Agenturen für Arbeit, der Erfassung der rechtlichen Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften sowie der Abfrage von Weltanschauungen, der nicht auszuschließenden Repersonalisierbarkeit durch die erhobenen Referenzdatensätze, der gewollten Zweitverwertung erhobener Infrastrukturdaten und der nicht auszuschließenden Zweitverwertung der erhobenen Daten durch beteiligte Personen, beispielsweise im Rahmen des Melderegisters, der nicht ausreichend begründeten Zweckmäßigkeit und Geeignetheit der statistischen Methode, der nicht nachvollziehbaren und nicht begründeten Auswahl der Personen zur Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis begegnet der Zensus 2011 hinsichtlich des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes sowie vor dem Hintergrund des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung nach Art. 6 Thüringer Verfassung bzw. nach BVerfG 65,1 erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken.

## Linksfraktion fordert eigenständigen Frauengesundheitsbericht

Nach der 5. Fachtagung zur Frauengesundheit am 2. Mai in Erfurt – sie hatte sich insbesondere mit der psychischen Gesundheit von berufstätigen Frauen mit Familie befasst – betonte die LINKE Landtagsabgeordnete Karola Stange, dass dies ein wichtiges und bislang vernachlässigtes Thema ist.

Frauen seien immer häufiger von psychischen Erkrankungen und Burn-Out betroffen, ohne dass Politik und Krankenkassen angemessen darauf reagierten. Während die Krankenkassen in den letzten beiden Jahren 33 Prozent weniger Mutter-Kind-Kuren bewilligt hätten, weigere sich die Politik immer noch, verlässliche Zahlen zur Verfügung zu stellen.

Die Fachtagung zur Frauengesundheit, organisiert vom Landesfrauenrat und der Landesgleichstellungsbeauftragten, habe vor allem eines zutage gebracht: „Es fehlt an kon-

kreten, zuverlässigen Zahlen für Thüringen“. Dies habe auch Prof. Dr. Meier-Gräve in ihrem interessanten Vortrag bestätigt, bei dem sie sich nicht auf Zahlen aus Thüringen hinsichtlich psychischer Erkrankungen und Krankenhausaufenthalten von Frauen stützen konnte. „Damit die notwendigen gesetzgeberischen und gesundheitspolitischen Entscheidungen getroffen werden können, um Frauen vor schweren, langwierigen Krankheiten zu bewahren oder ihre Genesung zu befördern, brauchen wir verlässliche Erkenntnisse“, forderte die gleichstellungspolitische Sprecherin. Deshalb werde die LINKE auch im Parlament weiterhin darauf drängen, dass Thüringen einen eigenen Frauengesundheitsbericht bekomme.

Fehlende Erkenntnisse über die Entstehung von Krankheiten, ihre Heilungschancen, aber auch über die Wirkung von Medikamenten, die in der Regel an

Männern getestet würden, führten dazu, dass Frauenkrankheiten nicht rechtzeitig erkannt oder nicht angemessen behandelt werden könnten. „Jede Veranstaltung zur Frauengesundheit zeigt, dass sich trotz aller politischen Lippenbekenntnisse bislang wenig getan hat: immer noch werden Frauenbelange, wird Frauengesundheit als Zusatzthema abgetan, für das aktuell kein Geld da ist.“ Geld, das bei der Ursachenanalyse gespart werde, müsse aber später bei oft unsachgemäßer und langwieriger Behandlung mehrfach investiert werden. „Damit muss Schluss sein – sowohl im Sinne der Frauen als auch hinsichtlich der Versichertengelder, die zielgenauer und sinnvoller eingesetzt werden können, wenn die notwendigen Erkenntnisse zusammengetragen werden“, sagte Karola Stange zu ihrer Forderung nach einem eigenen Frauengesundheitsbericht.

# Die Reform der Arbeitsmarktinstrumente ist ein Etikettenschwindel

Ina Leukefeld beim Thüringer Arbeitslosenparlament: Viele Langzeitarbeitslose werden einfach abgehängt

Die von der Bundesregierung beschlossenen 80 Milliarden Euro Kürzungen im Sozialbereich bis 2014 kommen jetzt unten an. Allein in Thüringen gibt es 66 Millionen Euro weniger für Eingliederungsleistungen im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Von den 14,5

davon, dass von den 60 Euro, die in diesem Jahr drauf gepackt werden, nur 35 Euro real zum Konsumieren zur Verfügung stehen, weil gestiegene Preise die Erhöhung ohnehin aufgefressen haben.

Die Abgeordnete der Linksfraktion, Ina Leukefeld, informierte das Arbeitslosenparlament über eine Beratung in der Fraktion, die sie kurz nach Ostern mit Beschäftigungsträgern durchgeführt hatte. Dort sei klar geworden: die Instrumentenreform ist ein Etikettenschwindel. Die bereits vor-



handene tiefe Spaltung des Arbeitsmarktes wird unumkehrbar, wenn nicht mehr politischer Druck auf die Bundesregierung ausgeübt wird, denn viele Langzeitarbeitslose werden einfach abgehängt und erhalten keine Chancen mehr für eine Integration. Das betrifft in Thüringen mehr als 160.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige in Hartz IV. Sie sollen mit geringfügiger Beschäftigung als billige Lohnsklaven abgespeist werden. Das zeigt auch der Boom der Minijobs in Thüringen. Damit wird einmal mehr das arbeitsmarktpolitische Versagen der Regierenden deutlich.

Die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen fordern die Politik auf zu entscheiden, ob sie wirklich dauerhaft Menschen ins Aus drängen und sich ihrer sozialen Verantwortung vollkommen entledigen wollen.

Das alles kam zur Sprache beim Thüringer Arbeitslosenparlament (s. Fotos), das am 2. Mai im Landtag in Erfurt tagte. Deutlich wurde der berechtigte Unmut der Betroffenen. Da war mit Verweis auf die Erhöhung des Regelsatzes um fünf Euro vom „Armuts Geschenk“ die Rede und

braucht wird. Kriterien für diese Arbeitsplätze: Existenzsichernde Entlohnung (mind. 950 Euro netto), sozialversicherungspflichtig, freiwillig und weitestgehend unbefristet“, verweist die Arbeitsmarktpolitikerin auf die Forderungen der LINKEN. „Dem wird die Bürgerarbeit nicht gerecht, wenn nicht Geld aufgesattelt wird für Lohn und Sachkosten.“

Thüringerinnen und Thüringer arbeitslos sind, ist das kein Grund zur Entwarnung. Von diesen sind über 67.000 (62 Prozent) älter als 50 Jahre. Ihre Chancen auf Integration sind einfach schlecht. Zynisch ist auch, nach Fachkräften zu schreien, die Leute zu entlassen und gleichzeitig „Rente mit 67“ einzuführen. Das passe alles nicht mehr zusammen.

Deshalb unterstützt Ina Leukefeld die Forderung des Arbeitslosenparlaments, sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Menschen zu schaffen, bis eine Integration auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt tatsächlich erfolgen kann. „Das entspricht unserem Vorschlag für einen Öffentlichen Beschäftigungssektor, der auch ge-



## Landesgläubiger

„Das Land ist mit über 16 Milliarden Euro verschuldet und die Landesregierung verweigert konkrete Auskünfte über die Gläubiger des Landes“, kritisierte MdL Frank Kuschel, der als Mitglied der Linksfraktion im Haushaltsausschuss des Landtages die Landesregierung befragt hatte. „Diese macht aus den Gläubigern ein Geheimnis und schafft damit erneut den Boden für Spekulationen“, sagte der Abgeordnete.

Bekannt ist: Mehr als 50 Prozent der Landeskredite wurden bei privaten Banken und Versicherungsgesellschaften aufgenommen. Weitere 25 Prozent der Kredite werden an einer Wertpapierbörse gehandelt und wechseln somit nahezu täglich die Besitzer. Nur rund 15 Prozent der Landesschulden sind bei öffentlichen und Genossenschaftsbanken kreditiert. „Es ist schon bedenklich, wenn vorrangig Börsenspekulanten, Versicherungen und private Banken mit den öffentlichen Schulden des Landes Geschäfte machen und dies ohne jegliche öffentliche Kontrolle“, kritisierte Frank Kuschel und forderte: „Mit dieser Art von Finanzpolitik muss endlich Schluss sein. Öffentliche Schulden haben nicht an der Börse und im grauen Versicherungsmarkt ihren Platz. Der Haushaltsausschuss des Landtages muss sich mit dem Schuldenmanagement der Landesregierung beschäftigen und endlich Regelungen der Transparenz und Kontrolle schaffen.“

## Wichtige Termine

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 18. bis 20. Mai statt.

### Tag der Offenen Tür:

Der diesjährige Tag der Offenen Tür des Thüringer Landtags, bei dem sich die Linksfraktion am Info-Stand und mit einem Programm präsentiert, ist Sonnabend, der 26. Juni. Bitte vormerken!

### Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Feuerwehren

Nach dem Aufliegen illegaler Preisabsprachen zwischen Herstellern von Feuerwehrfahrzeugen hoffen auch Thüringer Gemeinden auf mögliche Rückzahlungen. Wie der MDR berichtete, hatten 90 von ihnen in den vergangenen Jahren Löschfahrzeuge und Geräte im Wert von 18 Millionen Euro bei den Firmen des „Feuerwehrtkartells“ gekauft. Der Thüringer Gemeinde- und Städtebund geht sogar noch von mehr betroffenen Kommunen aus. Das Bundeskartellamt hatte im Februar drei Herstellern von Feuerwehrlöschfahrzeugen illegale Absprachen nachgewiesen. Es legte den Firmen ein Bußgeld von 20,5 Millionen Euro auf. Die Kommunen hätten sich mit den Herstellern auf ein Stillhalteabkommen bis Mitte Mai geeinigt.

## Minijobs

Immer mehr Menschen arbeiten als Minijobber. Ende September 2010 gab es in Deutschland mehr als 7,3 Millionen geringfügig entlohnte Beschäftigte, die bis zu 400 Euro abgabefrei verdienen können. Das sind fast 1,6 Millionen mehr als 2003, wie aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht. Inzwischen ist jedes vierte Beschäftigungsverhältnis ein geringfügiges. Knapp fünf Millionen arbeiten ausschließlich als Minijobber. Mehr als zwei Millionen haben schon eine Stelle und verdienen dazu. Bei diesen Nebenjobbern ist der Anstieg besonders stark, um mehr als eine Million. Fast jeder zweite Arbeitsplatz in der Gastronomie ist inzwischen ein Minijob.

## Pressefreiheit

Mit dem Internationalen Tag der Pressefreiheit wird seit 1994 jährlich am 3. Mai auf Verletzungen der Pressefreiheit sowie auf die grundlegende Bedeutung freier Berichterstattung für die Existenz von Demokratien aufmerksam gemacht. Auch unter den Bedingungen der Medienkonzentration und Zentralisation, wie sie sich gegenwärtig in Thüringen zu Lasten der Journalisten und der Vielfalt der Berichterstattung verschärft entwickelt, muss die Bedeutung der Pressefreiheit einmal mehr unterstrichen werden. Zu einer Demonstration und einer Menschenkette hatte der Deutschen Journalisten-Verband anlässlich des Tages der Pressefreiheit auf dem Anger in Erfurt aufgerufen.



## KURZ UND PRÄGNANT

### Auszubildende absichern

Angesichts des sich andeutenden Lehrlingsmangels fordert MdL Susanne Hennig, die Ausbildung in Thüringen attraktiver zu machen. „Wenn jeder Jugendliche in Ausbildung auch sozial entsprechend abgesichert ist, wird es gelingen, die nach wie vor hohe Abwanderung junger Menschen einzudämmen“, betont die LINKE Politikerin. In einigen Branchen gebe es zwar gute Ausbildungsentgelte, so im Metall- und Elektrobereich, in anderen Bereichen aber, etwa bei den Assistentenberufen, fehle jede Unterstützung und würden sogar Zuzahlungen von einigen Hundert Euro verlangt. Auch eine hohe Übernahmequote und eine gute Qualität der Ausbildung seien wichtig. ■

### Bahnstrom nutzen

Mit Verweis auf die Tatsache, dass die Bahn seit dem vergangenen Jahr prüft, ob ihre Stromleitungen für die Regelstromversorgung verwendbar sind, fordert Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, auch die Thüringer Landesregierung zu entsprechenden Initiativen auf: „Wenn die Bundesregierung jetzt das 7800 Kilometer lange Hochspannungsnetz der Bahn für den Stromtransport von Nord nach Süd nutzbar machen möchte, sollte die Thüringer Landesregierung in Form eines Pilotprojekts prüfen, ob dieses flächendeckende Netz auch als Stromtrasse für erneuerbare Energien in Thüringen nutzbar ist. Das würde wirtschaftlich um etwa drei Viertel günstiger sein als der Neubau von Stromtrassen.“ ■

### Unterhaltsvorschuss belastet Kommunen

Für die Thüringer Kommunen stiegen die Ausgaben beim Unterhaltsvorschuss von knapp 27,2 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 31,3 Millionen im vergangenen Jahr – Geld, die Landkreise und kreisfreien Städte in den Fällen zahlen, in denen bei getrennt lebenden Eltern der Unterhalt für das gemeinsame Kind nicht oder verspätet geleistet wird. Die Kommune müsste es sich vom Unterhaltspflichtigen zurückholen. Die so genannte Rückgriffsquote verharrt jedoch seit Jahren mit etwa 13 Prozent auf niedrigem Niveau und schwankt zwischen nahezu null Prozent im Landkreis Nordhausen und 25 Prozent im Landkreis Greiz. MdL Frank Kuschel fordert eine stärkere Verantwortung des Landes den Kommunen gegenüber. ■

# Beratungsstelle für Grundrechte statt institutionalisierter Verfassungsschutz

Das Landesamt präsentierte mit seinem Jahresbericht „Zahlen und Fakten ohne Neuigkeitswert“

Nach der Vorstellung des Thüringer Verfassungsschutzberichtes am 22. April in Erfurt erklärte die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Martina Renner: „Nichts, was einer aufmerksamen Zivilgesellschaft bislang verborgen geblieben ist, zudem eine unvollständige Aufzählung rechtsextremer Musikveranstaltungen und kein Beitrag zur politischen Auseinandersetzung.“

Das Landesamt für den Verfassungsschutz leistet nach Ansicht der Innenministerin der Linksfraktion mit seiner Arbeit keinen Beitrag zur dringend notwendigen Auseinandersetzung mit der auch nach Ansicht des Innenministeriums größten Gefahr für die Demokratie, dem Rechtsextremismus. „Der Gefahr zu begegnen heißt, sich mit Einstellungsmustern und Ideologien überall dort auseinanderzusetzen, wo diese in Erscheinung treten. Während viele Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus sich dieser Aufgabe angenommen haben, lokal

und konkret informieren und aufklären, präsentiert das Amt Zahlen und Fakten ohne Neuigkeitswert. Auf der Haben-Seite steht daher nicht viel, auf der Kosten-Seite allerdings Grundrechtseingriff und staatliche Spitzelei. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieses Amtes muss zudem auch vor dem Hintergrund gestellt werden, dass zivilgesellschaftliche Organisationen mehr als doppelt so viele rechtsextremistische Musikveranstaltungen im Jahr 2010 zählten als das Amt selbst“, sagte Martina Renner.

Sie erneuerte für die LINKE die Forderung nach Auflösung des Geheimdienstes. „An die Stelle des institutionalisierten Verfassungsschutzes mit der Befugnis zum Grundrechtseingriff soll eine Beratungs- und Dokumentationsstelle für Grundrechte und Demokratie in Thüringen treten, die sowohl rechtlich und organisatorisch, aber vor allem

auch inhaltlich in der Lage ist, zivilgesellschaftliche Projekte und ihre Arbeit gegen Rechtsextremismus zu stärken und der Vernetzung lokaler Bündnisse zu dienen.“

### Aus dem Jahresbericht

Nach dem Bericht ist die Mitgliederzahl der rechtsextremen NPD in Thüringen im Jahr 2010 erneut um 100 auf etwa 350 Personen gesunken

- Die Zahl der von der NPD organisierten Kundgebungen und Demonstrationen im Freistaat halbierte sich auf zehn. Das geplante „Fest der Völker“ als wichtiger Szene-Treffpunkt war abgesagt worden.

- Das gesamte rechtsextreme Personenpotenzial in Thüringen nahm gegenüber 2009 um 100 auf rund 1.000 Personen ab.

- Landesweit geht der Verfassungsschutz von 180 aktiven Neonazis aus. Das sind 20 mehr als im Vorjahr. ■

## Das Bürgerbüro informiert: Neuregelungen im Kommunalabgabenrecht

CDU und SPD haben trotz Bedenken und Proteste Ende März Neuregelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen beschlossen. Der Alternativvorschlag der Fraktionen von LINKE und B90/Grüne, der die Forderungen der Bürgerinitiativen beinhaltet, wurde durch die beiden Regierungsfraktionen abgelehnt.

Einige der Änderungen bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge:

- Straßenausbaubeiträge müssen rückwirkend bis August 1991 erhoben werden.

- Musste sich bisher die Gemeinde für eine Form der Beitragserhebung entscheiden, können künftig einmalige und wiederkehrende Straßenausbaubeiträge parallel in den jeweiligen Ortsteilen/Ortschaften erhoben werden.

- Es wird die zinslose Stundungsmöglichkeit der Straßenausbaubeiträge für Kleingärten nach Bundeskleingartengesetz, die bisher nur für Abwasserbeiträge gesetzlich geregelt war, eingeführt.

- Im Gesetz sind Ausnahmetatbestände zur grundsätzlichen Beitragserhebungspflicht normiert, wonach nur die Gemeinden auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten können, die gegenwärtig und künftig keine Kredite haben bzw. aufnehmen.

- Die Reduzierung des umlagefähigen Anteils (bei Anliegerstraßen auf 20 Prozent, bei Hauptschließungsstraßen 15 Prozent und bei Hauptverkehrsstraße auf 10 Prozent) ist künftig möglich, wenn die

Verschuldung der Gemeinde maximal 150 Euro pro Einwohner beträgt, die Gemeinde bisher keine Bedarfszuweisungen des Landes erhalten hat, keine weitere Kreditaufnahmen geplant sind und sich die Haushaltslage künftig nicht verschlechtern wird. Gemeinden, die in eine bestimmte Verschuldungssituation kommen, müssen den umlagefähigen Anteil erhöhen.

Mit den Neuregelungen, insbesondere der rückwirkenden Straßenausbaubeitragserhebungspflicht bis ins Jahr 1991 werden neue Konflikte auf kommunaler Ebene erzeugt. Dies ist bisher einmalig in der Geschichte

der Bundesrepublik, dass der Gesetzgeber den Gemeinden vorschreibt, 20 Jahre rückwirkend Straßenausbaubeiträge zu erheben.

Das neue Gesetz enthält keinen Lösungsansatz für die Abwasserbeitragsproblematik. Hier soll es bei den Regelungen bleiben, die seit 2005 gelten.

Die Zusage des Thüringer Innenministers, zumindest bei der Erhebung der Wassergebühren die Verzinsung des Eigenkapitals gesetzlich auszuschließen, was sich gebührend auswirken würde, ist nicht Bestandteil des Gesetzes.



Während der Veranstaltung der Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. am 28. April im Landtag in Erfurt. Nachdem sich die anwesenden Vertreter der Bürgerinitiativen einig waren, ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen (s. auch Seite 5) wurden die Vertrauenspersonen bestimmt. Neben Peter Hammen, Vorsitzender der Bürgerallianz, ist es die Arnstädter Rechtsanwältin Susan Rechenbach, die sich hier gerade vorstellt (unser Foto). ■

# „Tschernobyl-Abend“ bei der Landtagsfraktion der LINKEN: Bewegend, spannend, streitbar

Diskussionen, die „uns helfen bei der Entwicklung des Energiekonzeptes“, das die Linksfraktion in Kürze öffentlich vorstellt

Zunächst sangen und tanzten ukrainische Kinder, die auf Einladung des Vereins zur internationalen Hilfe für Kinder in Not im Erholungsheim in Tiefenort bei Bad

Schließlich gab es rund um das Thema Atom-Ausstieg ein spannendes Expertengespräch mit interessanten Diskussionspartnern. Die Veranstaltung der Linksfraktion im Thüringer

und Verstand gleichermaßen ansprach.

Über die „ewigen Mahnmale“ des Ronneburger Uranbergbaus sprach Gerhard Schmidt vom Öko-Institut

Anti-AKW-Proteste seien das eine, die Existenzängste der dort Beschäftigten das andere, sagte der Schweinfurter DGB-Vorsitzende Frank Firsching.

„Dezentral, lokal, kommunal“ – ganz auch im Sinne der LINKEN Vorstellungen könnte er sich die künftige Energieversorgung vorstellen, betonte der Geschäftsführer der bereits beispielhaften Stadtwerke Jena, Thomas Zaremba. Daran anknüpfend erläuterte Fraktionschef Bodo Ramelow Vorstellungen für ein Energiekonzept für Thüringen, das als einziges Bundesland ohne Großkraftwerke für die „dezentrale, regionale und regenerative“ Energiewende geradezu prädestiniert ist. Als Beispiel verwies der Landespolitiker auf Großbreitenbach mit seiner Bürgermeisterin Petra Enders (LINKE Landtagsabgeordnete), das jetzt eine Energiebilanz aufstellt und das Ziel hat, soviel Energie, wie in der Stadt verbraucht wird, auch selbst zu produzieren.

Tilo Kummer (MdL), der die Veranstaltung moderiert und am Vortrag an der Schalkauer Ostermontags-Demo gegen die 380-kV-Trasse durch den Thüringer Wald teilgenommen hatte, sagte abschließend, dass auch diese Diskussionsrunde „uns hilft bei der Weiterentwicklung des Energiekonzeptes“, das die Linksfraktion demnächst öffentlich vorstellen wird und das auch ein Gegenstand der Beratung beim Landesparteitag am 28. Mai in Sömmerda sein wird.



Salzungen zu Gast sind, dann las Landolf Scherzer, dass es einem den Atem stockte, aus seinem Buch „Letzte Helden“ und den „Versuchen, sich Tschernobyl zu nähern“.

Landtag anlässlich von „Tschernobyl – 25 Jahre nach der Katastrophe“ direkt am Gedenktag, den 26. April, war ein bewegender, spannender und streitbarer Abend, der Herz

Darmstadt. Frank Lange, kirchlicher Umweltkreis Ronneburg, betonte, dass sie mit ihrer Kritik eigentlich die Wismut als Sanierungsunternehmen unterstützen wollten. Die

## Petra Enders: „Eben weil wir für eine Energiewende sind“

Am 2. Mai begann in der Stadthalle in Arnstadt der erste von einer Reihe von Erörterungsterminen des Landesverwaltungsamtes zum Bau der 380-kV-Trasse durch den Thüringer Wald. Dagegen kämpfen Bürgerinitiativen nunmehr schon seit fünf Jahren und auch und besonders jetzt ließen sie an ihrem Widerstand keinen Zweifel. Mit einer Mahnwache empfingen etliche von ihnen die Vertreter der Gegenseite vor der Arnstädter Stadtbrauerei. Auch mit Blick auf die notwendige Energiewende sei der Bau dieser Monsterleitung nicht hinnehmbar, hatte die Landtagsabgeordnete der LINKEN und Bürgermeisterin der ebenfalls betroffenen Stadt Großbreitenbach erneut betont.

Die Erörterungstermine sind Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der 380-kV-Leitung im Abschnitt Vieselbach - Altenfeld. Das Thüringer Landesverwaltungsamt hatte dazu neben den Termin am 2. Mai in der Stadthalle in Arnstadt weitere Termine am 4. und 9. Mai ebenfalls in Arnstadt sowie am 11.

und 16. Mai in Ilmenau (Festhalle) angesetzt. Im Ergebnis dieser Erörterungen, so lautete die Ankündigung, trifft das Landesverwaltungsamt die Entscheidung über den Bau oder Nichtbau der Starkstromtrasse in diesem Abschnitt.

Dass diese Erörterungstermine nicht öffentlich sind und dazu trotz der Proteste im Vorfeld – so hatte es auf Antrag der Linksfraktion auch eine Aktuelle Stunde im Landtag gegen – dazu von Landesseite keine Möglichkeit eröffnet wurde, war von Petra Enders scharf kritisiert worden. Zugang zu den Erörterungsterminen sollten nur die haben, die rechtzeitig Einwendungen vorgebracht haben sowie die vom Trassenbau betroffenen kommunalen Vertreter der Städte und Gemeinden.

„Daher ist es uns besonders wichtig, ein öffentliches Zeichen zu setzen und deutlich zu machen, dass wir in unserer Region für eine andere Energiepolitik stehen, nämlich den dezentralen Mix aus erneuerbaren Energien, ohne Atomstrom und ohne einhundert Meter hohe Stahl-

gittermasten“, lautete die Erklärung der Landespolitikerin im Vorfeld.

Kurz vor Redaktionsschluss des Parlamentsreports am 2. Mai meldete die Nachrichtenagentur dpa mit Verweis auf den ersten Anhörungstag, dass beide Seiten konstruktiv miteinander gesprochen und sich auf einen Kompromiss geeinigt hätten: Der Netzbetreiber 50Hertz will weitere Daten zur Verfügung stellen, um Trassengegner und Verwaltung von der Notwendigkeit der 380-kV-Leitung zu überzeugen und ihnen Zeit zu geben, diese auszuwerten. Damit verzögere sich die Baugenehmigung für den mittleren Leitungsabschnitt um weitere Monate.

Rechtsanwalt Dr. Hans Neumeier, Rechtsvertreter der Bürgerinitiativen, hatte betont, dass die Entscheidungsgrundlagen derzeit so unsicher seien“, „dass wir das Verfahren aussetzen sollten“. Prof. Dr. Lorenz Jarass, der bereits ein umfangreiches Gutachten für die Trassengegner vorgelegt hatte, verwies auf die gesetzliche Notwendigkeit „einer Netzoptimierung vor Netzausbau“. ■

## Hilfe für Kinder aus Tschernobyl

Er hatte sie bei der Veranstaltung in Erfurt dabei, man kann sie aber auch im Internet oder per Telefon bestellen, die CD, die Landolf Scherzer aus seiner Reportage „Zwei Versuche, mich Tschernobyl zu nähern“ (Aus dem Buch „letzte Helden“, Aufbau Verlag) 70 Minuten lang besprochen hat. Er unterstützt damit eine Aktion von SODI e.V., durch die schon 5.000 strahlengeschädigte Kinder aus der Ukraine einen medizinisch betreuten Genesungsaufenthalt erhalten konnten. Die CD, deren Herstellung ein Euro gekostet hat, wird für sieben Euro verkauft – sechs Euro pro CD kommen den Kindern zugute. Bei komplettem Verkauf der produzierten 2.000 Stück wären das 12.000 Euro Erlös!

SODI e.V.,  
Grevesmühlener Str. 16,  
13059 Berlin,  
Tel./Fax: 030-9286-047/-003,  
info@sodi.de, www.shop.sodi.de

A. Rudolph ■



# Aktenlagerung, Polizeiwagenaffäre u.a.: Es geht um den Fehler im System

MdL Martina Renner: Zu lang die Liste von Ungereimtheiten im Thüringer Innenministerium

**A**ngesichts der widersprüchlichen öffentlichen Mitteilungen über eine entweder „illegale“ oder „normale“ Lagerungspraxis von Stasi-Überprüfungsakten von Thüringer Polizisten durch das Innenministerium forderte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner, eine Stellungnahme des Ministeriums im Innenausschuss. Nur so könne wilden Spekulationen über Lagerung und Herkunft, Inhalt und mögliche Verwendung der Personenakten begegnet werden – „zu lang die Liste von Ungereimtheiten und laschem Umgang mit besonders schützenswerten Dokumenten“.

Zugleich betonte die Abgeordnete, dass „die Landesregierung gut beraten wäre, endlich einmal Ordnung in das für öffentliche Sicherheit verantwortliche Ministerium zu bringen. Die permanenten Berichte über Skandale, echte und vermeintliche, im Innenministerium führen keinesfalls zu Schadenfreude in der Opposition. Anscheinend sind sie Ausdruck eines in Teilen desolat aufgestellten und organisierten Hauses, in dem nicht nur ständig Anlässe für Spekulationen entstehen, sondern auch Mitarbeiter offenbar einen größeren Nutzen darin sehen, Medien über Rechtsverstöße zu informieren, als intern für Änderungen zu sorgen“.

In der sogenannten Polizeiwagenaffäre hatte die Linksfraction bereits vor

Ostern „zur Aufklärung der Unregelmäßigkeiten und Untreuevorwürfe bei Beschaffungen im Dienstbereich des Thüringer Innenministeriums“ für die weitere Beratung im Innenausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages einen umfangreichen Fragekatalog vorgelegt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch über weitere, noch nicht in der Öffentlichkeit stehende, mögliche Unregelmäßigkeiten zu berichten. „Es kann nicht sein, dass Öffentlichkeit und Abgeordnete immer im Nachgang stückweise informiert werden, wir verlangen jetzt umfassende Aufklärung“, hatte Martina Renner in einer Pressemitteilung gesagt.

## Einhaltung der Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung

„Innenminister Geibert hat mehrfach von Transparenz gegenüber den Abgeordneten gesprochen, dann aber selbst für weitere unzureichende Informationen, Widersprüche und Weglassungen gesorgt. Es steht der Verdacht im Raum, dass seit Jahren gegen die Antikorruptionsrichtlinie verstoßen wird. Es könnte sich ein System im Innenministerium entwickeln, durch das rechtliche Vorgaben zur Vergabe unterlaufen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte in einem Schattenhaushalt abgewickelt werden

konnten. Es steht auch die Frage im Raum, ob und in welcher Höhe dem Freistaat Thüringen ein Schaden entstanden ist“, erklärte die Abgeordnete der LINKEN.

Der Fragekatalog umfasst mehrere Komplexe: Neben Informationen zu Ankauf von Polizeifahrzeugen und eines Hubschraubers und der Veräußerung gebrauchter Fahrzeuge, verlangt die Linksfraction auch Aufklärung darüber, in welchem Maße welche Stelle in den Ministerien Kreditverträge oder kreditähnliche Rechtsgeschäfte abschließen darf, welche Beteiligung des Finanzministeriums erfolgen muss und welche Regelungen für Fälle existieren, in denen keine Ausschreibungen erfolgen müssen. In einem weiteren Komplex wird die Einhaltung der Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung hinterfragt und Aufklärung darüber erwartet, in welchem Maße beteiligte Firmen etwa als Sponsor gegenüber der Landesregierung und den Fraktionen im Landtag aufgetreten sind.

„Wir erwarten nun, dass die Landesregierung endlich umfassend Stellung bezieht und ihre Kenntnisse offen legt. Angesichts der Fülle an Unregelmäßigkeiten geht es nicht mehr nur um ein mögliches Fehlverhalten eines Einzelnen, sondern es geht um den Fehler im System der Beschaffung im Innenministerium“, so Martina Renner. ■

## Besondere Unterstützung für taubblinde Menschen notwendig



Die besondere Situation taubblinder Menschen war kürzlich Gegenstand einer Beratung mit der Vorsitzenden der Thüringer Selbsthilfegruppe, Imtraud Sieland. Mit Unterstützung des Gebärdendolmetschers, Herrn Schulz, informiert sich die Behindertenpolitikerin der Linksfraction im Thüringer Landtag Karola Stange und die Mitarbeiterin der Fraktion Cordula Eger (v.l.).

Im derzeitigen Erarbeitungsprozess für einen Aktionsplan zur UN-Konvention dürfe diese Gruppe behinderter Menschen nicht wie bisher übergangen werden, so die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraction weiter. Karola Stange hatte bei ihrer Anfrage an die Landesregierung im Landtagsplenum eine Positionierung zu den Forderungen von Sozialverbänden und des Deutschen In-

stitut für Menschenrechte hinsichtlich der Beseitigung immer noch bestehender Diskriminierungen gegenüber taubblinden Menschen verlangt. Die Thüringer Landesregierung sagte, dass sie – anders als z.B. das Institut für Menschenrechte – keine Notwendigkeit für eine eigenständige Behinderungskategorie und ein neues Merkzeichen für taubblinde Menschen sieht.

„Offensichtlich hat die Landesregierung die besonderen Schwierigkeiten dieser behinderten Menschen und ihren besonderen Bedarf nach Nachteilsausgleichen, z.B. im Bereich der Kommunikation, noch nicht begriffen. Das muss sich im Rahmen der laufenden Diskussion um einen Thüringer Aktionsplan ändern“, so die LINKE-Behindertenpolitikerin, die auch nach

dem Gespräch mit Frau Sieland die Landesregierung erneut auffordert, sich im Bundesrat für die Schaffung eines mit Nachteilsausgleichen verbundenen Merkzeichens für taubblinde Menschen z.B. als Ergänzung im Schwerbehindertenausweis einzusetzen.

Karola Stange will außerdem zusammen mit dem Blindenverband, dem Gehörlosenverband und der Landesbehindertenbeauftragten einen Weg finden, damit in Thüringen eine Assistentenausbildung als Kommunikationsbegleiter für Taubblinde, ähnlich wie in anderen Bundesländern, möglich wird. ■

## Frauenförderung nur Lippenbekenntnis

Die Aussagen der Landesregierung, eine stärkere Frauenförderung zu betreiben, sind nach Ansicht der gleichstellungspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Karola Stange, „nichts anderes als Lippenbekenntnisse“.

„Es gibt zahlreiche Frauen im Landesdienst, aber nur sehr wenige in Führungspositionen. Von den zwölf neuen Referatsleitern im Landesdienst sind acht Männer, und bei den zehn Abteilungsleiterstellen wurden sogar neun Männer ausgewählt, also nur eine Frau“, verwies die Abgeordnete auf die Fakten. Die Gesamtzahlen seien noch unerfreulicher. Bei den Referaten gebe es mit 138 Frauen und 371 Männern einen Frauenanteil von 27,11 Prozent und bei den Abteilungen halbiere sich diese Zahl noch mal auf 13,79 Prozent. Von 145 Abteilungsleiterstellen seien lediglich 20 mit Frauen besetzt.

„Angesichts dieser Zahlen weiß man, warum junge, gut ausgebildete Frauen dieses Land verlassen“, stellte Karola Stange fest. Es nütze auch wenig, wenn Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) beschwörend appelliere, die Bedingungen für Frauen in Thüringen müssten besser werden, damit sie nicht länger abwandern. Das gleiche gelte für Sozialministerin Heike Taubert (SPD), wenn sie verstärkte Frauenförderung annehme oder für Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU), die anlässlich des Internationalen Frauentages darauf verwiesen habe, dass der Frauenfördergedanke bei der Novellierung des Gleichstellungsgesetzes tiefer verankert werden solle.

„Die Ministerinnen und Minister verhalten sich so, als sei für Anstellung, Beförderung und Höhergruppierung ein exterrestrisches Wesen zuständig, an das sie lediglich Bittbriefe schreiben müssten“. Die LINKE will sich nicht länger mit diesem traurigen Bild arrangieren. „Wir werden eine Novellierung des Gleichstellungsgesetzes vorlegen, an dem auch die Landesregierung nicht vorbeikommt“, kündigte die Gleichstellungspolitikerin an. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG

**Herausgeber:** DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:** Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszusagen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.